

Massive Razzia gegen rechtsextreme Kaiserreichsgruppe in Sachsen!

Am 18. Juni 2025 durchsuchte die sächsische Polizei in Görlitz Wohnungen einer mutmaßlichen rechtsextremen Umsturzgruppe.



Görlitz, Deutschland - Am heutigen Tag, dem 18. Juni 2025, hat die sächsische Polizei in mehreren Städten eine groß angelegte Razzia durchgeführt. Betroffen davon sind zahlreiche Wohnungen in Dresden, Leipzig, Görlitz sowie im Erzgebirgskreis und Vogtlandkreis. Diese Maßnahmen zielten auf die mutmaßliche rechtsextreme Umsturzgruppe, die als Kaiserreichsgruppe bekannt ist und auch als die Vereinten Patrioten firmiert. Laut [t-online.de](https://www.t-online.de) plante die Gruppe, die Bundesregierung zu stürzen und die Demokratie abzuschaffen.

Im Rahmen dieser Durchsuchungen wurden fünf Männer im Alter zwischen 47 und 77 Jahren als Verdächtige ermittelt. Ein 47-Jähriger gilt als aktives Mitglied der Vereinten Patrioten ,

während ein 57-Jähriger beschuldigt wird, die Umsturzpläne unterstützt zu haben. Die übrigen drei Männer im Alter von 48, 54 und 77 Jahren waren über die Aktivitäten informiert, meldeten diese jedoch nicht. Die Durchsuchungen wurden unter Beteiligung des Spezialeinsatzkommandos (SEK) sowie der Generalstaatsanwaltschaft Dresden und des Landeskriminalamts Sachsen durchgeführt.

Die Gefahr der Reichsbürgerbewegung

Diese Razzia ist Teil eines größeren Trends in Deutschland, in dem rechtsextreme Bewegungen wie die Reichsbürger zunehmend ins Visier der Behörden geraten. Laut [deutschlandfunk.de](https://www.deutschlandfunk.de) leugnen die Reichsbürger die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und deren Rechtsordnung. Die Bewegung, die seit den 1980er Jahren existiert, hat in den letzten Jahren an Einfluss gewonnen. Schätzungen zufolge belief sich die Anzahl der Reichsbürger und Selbstverwalter im Jahr 2023 auf etwa 25.000.

Die Anhänger dieser Bewegung lehnen staatliche Institutionen kategorisch ab, zahlen keine Steuern und akzeptieren keine staatlichen Vertreter. Ein fruchtbarer Nährboden für extremistische Ansichten, die in manchen Fällen sogar zu gewalttätigem Widerstand führen können. Insbesondere wird ein Zehntel dieser Gruppe als gewaltbereit eingeschätzt, was die Sicherheitslage gefährlich macht. Diesbezüglich ist 2016 ein Polizeibeamter bei einem Einsatz getötet worden.

Ein Rückblick auf frühere Razzien

Die Razzia in Sachsen kommt nicht aus dem Nichts. Erst vor einem Monat, am 13. Mai 2025, wurden in sieben Bundesländern rund 800 Beamte mobilisiert, um nach dem Verbot der Reichsbürger -Gruppe Königreich Deutschland Durchsuchungen durchzuführen. Auch hier fanden sich weitreichende Umsturzpläne, und die Sicherheitsbehörden sind sich einig, dass solche Gruppierungen eine ernstzunehmende

Bedrohung darstellen. Die Polizei entdeckt immer wieder, dass einige Reichsbürger Zugang zu zentralen Institutionen des Staates haben, sogar zur Bundeswehr.

Obwohl der Verfassungsschutz 2023 einen Rückgang von politisch motivierten Straftaten von Reichsbürgern vermeldet, ist die potenzielle Gefahr, die von diesen Gruppierungen ausgeht, ungebrochen. Sicherheitsbehörden sind auf der Hut und ergreifen Maßnahmen, um die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten, denn bei den Reichsbürgern handelt es sich nicht um ein Randphänomen, sondern um ein ernstzunehmendes Sicherheitsproblem.

Wie die aktuellen Entwicklungen in Sachsen zeigen, ist die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in Deutschland noch lange nicht abgeschlossen. Politische Bildung und Präventionsarbeit sind notwendiger denn je, um die Demokratie zu bewahren und rechtsextreme Ansichten keinen Raum zu geben.

Details	
Ort	Görlitz, Deutschland
Quellen	• www.t-online.de • www.deutschlandfunk.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net